



Arbeitszeitverkürzung: 35 STUNDEN SIND GENUG UND ÜBERHAUPT..

Zugegeben, ich bin schon seit längerer Zeit in Pension und zugegeben, ich bin kein Ökonom, aber die – man kann sagen jahrzehntelangen – Diskussionen um die 35-Stunden-Woche nerven mich immer noch.

Dabei liegen die Vorteile auf der Hand. Kürzere Arbeitszeit bedeutet bessere Erholung, weniger Krankenstände, höhere Produktivität und bessere Verteilung der Arbeit. Dem gegenüber stehen die Interessen der "Wirtschaft" (welche überhaupt?), die unverhältnismäßige Erhöhungen der Lohnnebenkosten, aber vor allem eine Verringerung der Gewinne befürchtet.

Die "Wirtschaft" bezweifelt auch, dass eine Senkung der Wochenarbeitszeit nicht zwangsläufig dazu führen wird, dass mehr Menschen in den Arbeitsprozess eingegliedert werden können.

Eh nicht, wenn die "Wirtschaft" nicht bereit ist mehr Menschen einzustellen, um ihre Gewinne nicht zu schmälern. Die Politik müsste sich halt durchsetzen und die 35-Stunden-Woche einführen. Das ist kein Thema, das nur die Gewerkschaften etwas angeht.

Vielleicht sollte man sich dieses "Gewinne machen" etwas genauer ansehen. Für mich ist ein Unternehmen gesund, wenn die Angestellten und ArbeiterInnen ordentlich und gerecht entlohnt werden, die ChefInnen auch gut verdienen und wenn Rücklagen gebildet werden. Darüber hinausgehende Gewinne, die hauptsächlich die ShareholderInnen interessieren, interessieren mich überhaupt nicht, schon gar nicht, wenn sie nicht auf alle Beteiligten gerecht verteilt werden.

Die Bedenken der "Wirtschaft" gründen sich auch auf die falsche Annahme, dass sie es ist, die die Arbeitsplätze

schaft. Geht's der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut! Das lässt sich aber genauso umkehren, wie der Spruch "Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir". Es ist so, dass die derzeitige (und vorherige – die Expertenregierung ausgeklammert) Regierung die Interessen der Wirtschaft präferiert und dem Prinzip "Die Wirtschaft schafft die Arbeit" huldigt.

Mensch erinnere sich an den hysterischen Ausbruch der Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) im Plenum: "Wer schafft die Arbeit? Wer schafft die Arbeit? Wer schafft die Arbeit? Na sorry, die Wirtschaft schafft die Arbeit. Bitte merkt's euch das einmal."

Wir merken es uns, aber es ist schlichtweg falsch! Immer noch die Politik schafft die Grundlagen und Bedingungen für Arbeit und Wirtschaft – oder sollte es zumindest. Tut sie das nicht oder ordnet sie sich den Wünschen der Wirtschaft unter, könnte man die Politik ja gleich der Industriellenvereinigung überlassen...

In der gesamten Diskussion stört mich auch immer wieder, dass da jeder Ansatz einer gerechten Verteilung fehlt. Wie wollen wir alle leben? Ist das richtig so, wie die Verteilung aussieht? Das fehlt in der Frage der Arbeitszeit genauso, wie in der Frage des Pensionsantrittsalters. Ist Lebensqualität wirklich weniger wichtig, als Gewinne und Profite der "Wirtschaft"?

Gerade die Situation der Pandemie müsste aber solche Fragen aufwerfen. Meiner Meinung nach wäre gerade jetzt die einmalige Chance für mehr Gerechtigkeit, für bessere Verteilung zu sorgen. Aber das sehe ich nicht. Ich sehe nur

die Frage "Wie kommen wir möglichst schnell wieder zu den Zuständen vor der Pandemie?"

Die angestiegene Zahl der Arbeitslosen wird das aber nicht interessieren. Es wird sie interessieren, wie sie ihr Leben meistern können und nicht in Armut abrutschen. Eine 35-Stunden-Woche könnte da etwas bewirken. Natürlich.

Was auch helfen könnte, was zumindest angedacht werden sollte, ist die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Diesen Ansatz vermisse ich völlig. Dabei ersparte mensch sich die ganzen Streitigkeiten darüber, wer jetzt was bekommt und wieviel und mensch ersparte sich die Degradierung zum Bittsteller, der noch dazu die Unterstützung zu spät, zu gering oder gar nicht bekommt.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte für mich auch den Vorteil, dass die Menschen wieder etwas arbeiten könnten, das ihnen Freude bereitet. Unabhängig von Zeitdruck und Existenzangst. Ich bin ganz sicher, dass da viele neue Ideen entstehen könnten, die allen zugutekommen.

Woher das Geld kommen soll? Ist mir egal, sorgt dafür! Wer Milliarden an Hilfe aufstellen kann – die müssen auch von irgendwoher kommen – kann auch das Grundeinkommen finanzieren. Ob Vermögenssteuer, Maschinensteuer oder wie immer man dazu sagen will.

Ich bin eben für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Bedingungslos.

Das wäre es aus dem Off eines Pensionisten und ja, die 35-Stunden-Woche ist auch gut.

Gerhard Winter



Die **GPA-djp** hat einen sehr informativen Folder zum Thema Arbeitszeitverkürzung zusammengestellt. Hier ein Auszug aus dem Faktencheck:

FAKTENCHECK ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Behauptung: Arbeitszeitverkürzung belastet die Unternehmen. Der Faktor Arbeit ist schon jetzt für Unternehmen viel zu teuer

Die Behauptung Arbeit sei in Österreich zu teuer ist insofern fraglich, warum dann in Österreich die Beschäftigungsquote im EU Vergleich sehr hoch ist. Offensichtlich ist die geleistete Arbeit ihr Geld wert. Es hat keinen Sinn, nur die Arbeitskosten zu vergleichen, ohne die dabei geleistete Wertschöpfung einzubeziehen. Die Beschäftigungsquote lag 2013 in Österreich bei 72,3% und damit deutlich über dem Schnitt in der EU von 64,1%.¹ Werte über 70% erreichen in Europa neben Österreich nur Deutschland, Norwegen, die Schweiz, Island, Schweden, Großbritannien, die Niederlande und Dänemark. Das sind alles keine Länder in denen Arbeit besonders billig ist.

Dass es manche lohnabhängige Abgaben gibt, die den Faktor Arbeit belasten und besser eine andere Bemessungsgrundlage hätten ist aber richtig. Der Wohnbauförderungsbeitrag, der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds, die Kommunalsteuer und die Kammerumlage 2 zur Finanzierung der Wirtschaftskammer sind alles Abgaben, die im Gegensatz zu Sozialversicherungsbeiträgen keinen Bezug zur Erwerbstätigkeit von ArbeitnehmerInnen haben und die Arbeit verteuern. Diese sollten daher anders finanziert werden, etwa in dem auf wertschöpfungsbezogene Bemessungsgrundlagen umgestellt wird. Die GPA-djp fordert dies schon lange, die WirtschaftsvertreterInnen blockieren dies bislang.

Behauptung: Die Beschäftigten wollen Überstunden machen, brauchen das Einkommen, Fleißige nicht bestrafen!

Überstunden sollen den Unternehmen Flexibilität bei vorübergehend erhöhtem Arbeitsbedarf verschaffen, aber weder die Unternehmen sollen ihre regelmäßigen regulären Arbeitsbedarf durch Überstunden decken, noch sollen sich die ArbeitnehmerInnen dauerhaft von Überstunden finanziell abhängig machen, denn auf Überstunden besteht im Gegensatz zum Entgelt für Normalarbeitszeit kein Anspruch.

Behauptung: Dass eine Arbeitszeitverkürzung oder Überstundenreduktion 1:1 mehr Arbeitsplätze schafft ist eine „Milchmädchenrechnung, die nicht stimmt.“

Natürlich kann das Volumen an Mehrarbeit und Überstunden nicht 1:1 in zusätzliche Beschäftigte transformiert

werden. Aber zu behaupten, Arbeitszeitverkürzungen hätten überhaupt keinen Beschäftigungseffekt ist genauso abwegig und unrealistisch. Arbeitszeitverkürzungen haben positive Beschäftigungseffekte. Würde ein Drittel der geleisteten Mehrarbeits- und Überstunden beschäftigungswirksam umverteilt sein, ergäbe das 40.000 zusätzliche Vollzeitarbeitsplätze. Die Frage, wie stark eine Arbeitszeitverkürzung beschäftigungswirksam wird, hängt von den Rahmenbedingungen ab: Wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, könnten die Unternehmen zunächst versuchen, die Produktivität zu erhöhen und darüber hinaus auf Mehrarbeit zu setzen. Das ist nicht beschäftigungswirksam, erst wenn sie zu Neueinstellungen greifen, wird zusätzliche Beschäftigung geschaffen. Wie die Auswirkungen auf zusätzliche Beschäftigung sind, hängt von mehreren Faktoren ab: Insofern die Unternehmen mit einem Engpass an Facharbeitskräften konfrontiert sind, werden sie auf eine Verkürzung der Normalarbeitszeit durch mehr Überstunden, Mehrarbeit oder verstärktem Einsatz von All In Regelungen zu reagieren versuchen.

Daher kommt der Qualifizierung und Weiterbildung eine Schlüsselrolle für mehr Beschäftigung zu, damit das Arbeitsvolumen bei allen Qualifikationsniveaus umverteilt ist. Eine Verkürzung der Regelarbeitszeit führt umso eher zu mehr Beschäftigung, je enger die Bindung zwischen der Regelarbeitszeit und den tatsächlichen Arbeitszeiten ist. Wenn es hingegen möglich ist, diese zu umgehen, weil lange Durchrechnungszeiträume, hohe mögliche tägliche Höchstarbeitszeiten einen hohen Abweichungsspielraum ermöglichen, ist ein hoher Beschäftigungseffekt unrealistisch. Zentral für die erfolgreiche Wirkung einer Arbeitszeitverkürzung ist, dass sie nicht zu sinkender Kaufkraft und Nachfrage führen darf, weil dann auch das benötigte Arbeitsvolumen sinken würde. Eine Arbeitszeitverkürzung, die anstatt einer Lohnerhöhung erfolgt, kann einen dämpfenden Effekt auf die Nachfrage haben, daher sollte es einen Lohnausgleich geben, der die Monatseinkommen stabilisiert.

Behauptung: Wir verteilen Leistungen, die noch nicht erarbeitet sind!

Eine Arbeitszeitverkürzung verteilt keine Leistungen, sondern die Erbringung von Leistungen. Und zwar sinnvollerweise auf möglichst viele Köpfe.

Quelle:

https://www.gpa-djp.at/cs/Satellite?blobcol=urldata&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Argumente_f%25C3%25BCr_eine_Arbeitszeitverk%25C3%25BCrzung.pdf%22&blobkey=id&blobnocache=false&blobtable=MungoBlobs&blobwhere=1342603353788&ssbinary=true&site=A03

Arbeitszeitverkürzung: 35-STUNDEN-WOCHE BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH?

2020 wurde aus verschiedenen Richtungen bereits vehement die 35-Stunden-Woche eingefordert. Um eine innovative Lösung und ein Gewinn für alle zu sein, scheint diese Forderung jedoch zu gering.

35-Stunden-Woche – oder gleich die 30-Stunden-Woche?

Die Leistungsfähigkeit von ArbeitnehmerInnen in 30 Stunden ist nahezu identisch einer 40 Stundenwoche. Das kann darauf zurückgeführt werden, dass sich Konzentration und Leistungsfähigkeit in kürzeren Arbeitsintervallen leichter aufrechterhalten lassen.

Auch das Unfallrisiko ist dadurch wesentlich geringer, die Aufmerksamkeit ist höher und die Fehlerquote fällt signifikant.

Bei unter 6 Stunden Arbeitszeit darf auch die Mittagspause wegfallen (die leider bei vielen ohnehin nicht mehr in der vorgesehenen Weise gelebt wird) und die Erholungsfreizeit verlängert sich.

Es ist kaum zu sagen, wer von einer 30-Stunden-Woche mehr profitiert, die ArbeitnehmerInnen oder die ArbeitgeberInnen.

Konsequente Interessenvertretung ÖGB – youunion_Die Daseinsgewerkschaft, BetriebsrätInnen, Personalvertretung, Behindertenvertrauenspersonen.

Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon (01) 4000 838 67, Fax (01) 4000 838 77

Alle namentlich nicht gekennzeichneten Artikel wurden vom Redaktionsteam unter der Leitung von Martina Petzl-Bastecky erstellt. Layout und Gestaltung Mag. Lucia Schwarz, BA.



www.kiv.at



www.facebook.com/KIV.UG



twitter.com/UG_KIV



[@kiv_ug](https://www.instagram.com/kiv_ug)

Liebe/r BrieffrägerIn: Bei Unzustellbarkeit Retouren bitte an Postfach 100, 1350 Wien. Danke.

IMPRESSUM

KIV-Magazin 07/2020 • Österreichische Post AG • MZ
02Z031874 M • ÖGB-Verlag, Johann Böhm Platz 1, 1020
Wien • Retouren an PF 100 1350 Wien

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: ÖGB/ youunion
_ Die Daseinsgewerkschaft, Maria Theresienstraße 11,
1090 Wien.

Redaktion, Vertrieb: KIV – Konsequente Interessenver-
tretung, Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon:
(01) 4000 838 67, Fax: (01) 4000 838 77, kiv@kiv.at;
www.kiv.at

Erscheinungsort Wien

Kd-Nr.: 0021000056 • ZVR-Nummer:
576439352

30-Stunden-Woche: Auch der Gewinn für Staat und BürgerInnen ist erheblich

Durch eine Senkung der Arbeitszeit kommt es zu einer Entlastung des Gesundheitssystems. Denn es kommt zu weniger Arbeitsunfällen, weniger berufsbedingten Erkrankungen (z. B. keine Überforderung von Gelenken und Wirbelsäule auch bei den weniger jugendlichen ArbeitnehmerInnen) und einer Verringerung der Burnout rate.

Eine geringere Wochenarbeitszeit sorgt auch für weniger krankheitsbedingte Arbeitslosigkeit und eine Reduktion der Kosten des Pensionssystems durch weniger Frühpensionen.

Insgesamt ist die 30-Stunden-Woche ein großer Gewinn für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, sowie für's Gesundheits- und Pensionssystem. Es ist eine Prävention gegen Altersarbeitslosigkeit und unterstützt damit auch das Budget und den sozialen Frieden im Land.

Leider

Leider ist in unserer kurz- und kleingeistigen Welt diese mehr als berechtigte Änderung für viele zu gewagt, sodass wir uns wider besseren Wissens mit der Forderung nach einem Teilschritt, der 35-Stunden-Woche, begnügen.

Nicole Stürzinger



HILF UNS KOSTEN SPAREN:

Abonniere das KIV-Magazin
jetzt elektronisch unter
kiv@kiv.at oder über unsere
Homepage. :o)